

12.02.24

Erklärung des Palästinakomitee Stuttgart zur 2. Wiederaufnahme unseres Adresseintrags auf die Website der Stadt Stuttgart

Der Adresseintrag des Palästinakomitee Stuttgart e. V. mit weiteren Kontaktdaten findet sich seit 7. Februar 2024 wieder wie gewohnt auf der Website der Stadt Stuttgart

Damit sind Rathauschef Dr. Frank Nopper und die Verantwortlichen der Stadt Stuttgart ihrer Verpflichtung aus einem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 21. April 2022 (AZ: 4/21) nachgekommen. In seiner Urteilsbegründung stellte das Gericht im Jahr 2022 ausdrücklich fest:

„Es bestehen keine greifbaren Anhaltspunkte dafür, dass die im Bundesgebiet entfalteten Aktivitäten der auf den Staat Israel zielenden Boykottbewegung auch eine die Friedlichkeitsgrenze überschreitende gezielte Stimmungsmache gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland oder gar ein Aufstacheln zum Hass gegen diese Personengruppe umfassen könnte....“

Offensichtlich auf Druck einer Kampagne von politischen Kräften, die die israelische Regierung und deren brutales, völkermörderisches Vorgehen in Gaza stützen, hatten Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper und die Verantwortlichen der Stadt den Adresseintrag des Palästinakomitee Stuttgart am 28. Dezember 2024 erneut gelöscht.

Der für seine Aggressivität und häufige falsche Behauptungen bekannte Journalist Benjamin Weinthal hatte in drei Artikeln in der *Jerusalem Post* den Rathauschef und die Stadt Stuttgart attackiert. Dabei konstruierte er wilde Behauptungen, mit denen er versuchte, das Palästinakomitee in die Nähe der Hamas zu rücken. Weinthal berief sich hier sogar auf den *Yesh Atid*-Chef Yair Lapid, der von Hamas-Netzwerken in Deutschland spricht. Benjamin Weinthal arbeitet auch für *Foundation for Defense of Democracies*, ein US-amerikanischer Think Tank, der für sein aggressives kampagnenhaftes Vorgehen sowie seine Islamophobie in der Kritik steht. Im Jahr 2021 beklagte sich der Antisemitismusbeauftragte Dr. Michael Blume über „extremes Trolling“ seitens Benjamin Weinthal, der vermutlich seinen Anteil daran hatte, dass Blume damals auf der Liste der Top Ten-Antisemiten des Simon Wiesenthal-Centers landete. 2022 wurde Weinthal dann vom twitter account @thelaend des Landes Baden-Württemberg zeitweise blockiert. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft sowie die israelische Konsulin für Süddeutschland Talya Lador-Fesher hatten sich ebenfalls mit Diffamierungen gegen das Palästinakomitee beteiligt.

Jetzt ist wohl klar, der Schritt der Stadt war nicht zu rechtfertigen. Nach einer dreiwöchigen Frist, die das Verwaltungsgericht Stuttgart der Stadt zur Wiederaufnahme oder zur Begründung der Verweigerung des Eintrags eingeräumt hatte, hat die Stadt unsere Adresse wieder auf die Website der Stadt gesetzt.

Besonders bedauerlich ist, dass die Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten die Kampagne ebenfalls mit unfairen Artikeln unterstützte. Auch der Antisemitismusbeauftragte Dr. Michael Blume hatte sich der Diffamierungskampagne angeschlossen und befürwortete den Schritt. Vielleicht informieren sich die betreffenden Redaktionsmitglieder und der Antisemitismusbeauftragte jetzt etwas genauer über den so genannten „Nahostkonflikt“. Dabei werden sie vermutlich feststellen, dass die Kritik des Palästinakomitees am Vorgehen des Staates Israel berechtigt und die Bezeichnung „Antisemitismus“ verfehlt und diffamierend ist. Vor allem angesichts des Genozid-Verfahrens, das der Internationale Gerichtshof in Den Haag auf die Anklage der südafrikanischen Regierung hin, begonnen hat, ist dies dringend geboten. Auch die Bundesrepublik und die Vertreter ihrer Institutionen, damit auch der Antisemitismusbeauftragte, sind nach der Völkermordkonvention verpflichtet, Genozid zu verhindern und zu verurteilen.



Email: pakos@online.de

<https://palaestinakomitee-stuttgart.de> – Email: info@palaestinakomitee.de

Telefonischer Kontakt: 0049 1525 311 4044 (Verena Rajab, Vorstandsvorsitzende)